



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551995
Telefax: 0711 2551997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 16.07.2014

Pressemitteilung

Manfred Groh MdL: Die beratende Äußerung des Rechnungshofs enthält für die Kombilösung viel Sprengstoff

Die zunehmenden Kostensteigerungen sowie die noch offenen Finanzierungszusagen zwischen Bund und Land beim Bau der Karlsruher Kombilösung machen dem Karlsruher CDU-Landtagsabgeordneten Manfred Groh zunehmend Sorgen. Grund hierfür ist die Beratende Äußerung des Landesrechnungshofes (Landtagsdrucksache 15/5290), die dem Landtag kürzlich übermittelt und im Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur behandelt wurde. „Damit haben sich meine Sorgen, was die Finanzierung der Kombilösung angeht, bestätigt“, so Manfred Groh.

Der Rechnungshofbericht zeigt, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)- Förderprogramm des Bundes bis zu seinem Auslaufen im Jahre 2019 weit überbucht und damit der Bundesanteil bei der Finanzierung der 16 baden-württembergischen Vorhaben nicht gesichert ist.

Die Bewilligung des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg für die Karlsruher Kombilösung enthielt 2008 eine feste Zusage von 60 Prozent Bundesmitteln der damals prognostizierten Baukosten von 570 Mio. Euro. Das Land und die Stadt Karlsruhe tragen demnach jeweils 20 Prozent der Kosten. Der Ergänzungsantrag aus

dem Jahr 2010 umfasst ein Volumen der damals auf 637 Mio. Euro gestiegene Gesamtkosten. Auch in diesem Fall hat das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg bei seiner Bewilligung grundsätzlich an seiner Zusage festgehalten, dass die Bundesmittel 60 Prozent der Kosten betragen sollen, hat aber im Zuwendungsbescheid mit der Formulierung „bis zu 60 Prozent“ das Finanzierungsrisiko der Stadt Karlsruhe erheblich vergrößert. Das Land hingegen beharrt weiterhin auf seinem damals fest geschriebenen Anteil von 108 Mio. Euro (rund 20 Prozent bei einem Kostenvolumen von rund 570 Mio. Euro) und weigert sich standhaft, sich in irgendeiner Form an den Kostensteigerungen zu beteiligen. Hieraus ergibt sich für Groh ein nicht überschaubares Risiko für die Stadt und damit für alle Bürgerinnen und Bürger.

Dem Bericht des Rechnungshofes zu Folge ist das Kostenrisiko bewusst auf die Kommunen verlagert worden, obwohl die einzelne Kommune weder den Rahmen der Neubewilligungen noch die Kostensteigerungen in Folge von Preissteigerungen abschätzen kann. Wenn man mittlerweile bei der Karlsruher Kombilösung von über einer Milliarde Euro Baukosten ausgehen muss, dann wird jedermann klar, welches Kostenrisiko auf die Stadt als Vorhabenträger zukommt.

Ob die Kombilösung unter diesen Gegebenheiten damals Zustimmung gefunden hätte, scheint mehr als fraglich. Warum aber die Bundesförderung mit 60 Prozent in vollem Umfang zu nächst bejaht wurde und nunmehr das Risiko geringerer ausfallender Bundesmittel auf den Vorhabenträger übertragen wird, erscheint ebenso merkwürdig. Weiterhin bedarf die Rolle des Landes einer dringenden Klärung. Es ist unverständlich, warum sich das Land an den gestiegenen Kosten nicht beteiligt und damit der Stadt Karlsruhe eine noch größere Finanzierungslücke beschert.

„Ich werde an dem Thema dranbleiben und erarbeite derzeit eine parlamentarische Initiative, die in der für Karlsruhe so wichtigen Sache eindeutige Klarheit über die Kostenzusagen schaffen soll“, so Groh abschließend.